

„...starke, stolze und aktive Basis der Organisation“

Aus 142 Staaten kommen die Mitglieder der IG Metall. Der Anteil der AusländerInnen liegt konstant bei etwas über zehn Prozent. Vom 30. Januar bis 1. Februar trafen sich ihre Delegierten zur 6. Bundesausländerkonferenz in der Bildungsstätte der IG Metall in Sprockhövel unweit von Wuppertal.

Die Tagung veranschaulichte das Spannungsverhältnis in dem ausländische ArbeitnehmerInnen in der Gesellschaft wie in ihrer Gewerkschaft stehen. Überspitzt formuliert: Mittendrin und außen vor. Bezogen auf die IG Metall formulierte Manuel

Campos das so: „Wir sind fast überall präsent und bilden eine starke, stolze und aktive Basis der Organisation.“ Gleichzeitig verwies er - wie viele andere auch - darauf, dass Mitglieder mit Migrationshintergrund in den Gremien und im hauptamtlichen Apparat der Gewerkschaft keineswegs entsprechend ihres Mitgliederanteils vertreten sind. Dies aber soll sich ändern. Ansatz ist ein Förderprogramm. Dieses wird - so Manfred Schallmeyer, Mitglied im Vorstand der IG Metall - „die Voraussetzungen schaffen für ein eigenes Engagement, für Beteiligung und Berücksichtigung - nicht als lauwarme Empfehlung, sondern als Richtschnur mit hoher Verbindlichkeit.“ Auf dem Gewerkschaftstag wird darüber diskutiert und wohl auch entschieden werden, wie das konkret aussieht.

Die inhaltliche Debatte - und dies war ein Novum - lief über die Moderationstechnik des Open Space, eine Methode, die - kurz gesagt - die Dynamik der Kaffeepausen auf die Gruppenarbeit überträgt. Die Zusammensetzung der Gruppen wechselt, jeder kann seine Themen einbringen. Thematisiert wurde Vieles. Das reicht von der erwähnten Beteiligung von AusländerInnen in gewerkschaftlichen und betrieblichen Gremien bis zum potenziellen Krieg gegen den Irak.

Ein Thema waren auch die Kooperationen zwischen Regionen in Europa, etwa Cadix und Hamm, verstanden als Beitrag zur europäischen Integration. Und hier bot sich eine außerordentlich spannende Perspektive. Der 1. Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, kündigte eine Initiative seiner Gewerkschaft an, um „den neoliberalen Marktschreibern deutlich zu machen, dass es in der Bundesrepublik Deutschland eine breite Mehrheit für die Ordnungsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft gibt“. Darin sollen die Errungenschaften des Sozialstaats auch für die ökonomische Stabilität der Gesellschaft verdeutlicht werden. Gleichzeitig soll dies auf europäischer Ebene thematisiert werden. Nötig ist - so Zwickel - ein europäisches Sozialmodell. Und um hier voran zu kommen, sind auch regionale Partnerschaften ein Ansatz. Und die Kompetenzen der ausländischen IG-Metall-Mitglieder, ihr Migrationshintergrund können dabei außerordentlich hilfreich sein.

Gemeinsamkeiten lassen sich leichter finden und Bündnisse für ein Sozialmodell leichter schmieden, wenn man die Kultur des Partners - auch die soziale Kultur - genauer kennt. Die IG Metall kann sich freuen, dieses Know How nicht einkaufen zu müssen. Sie hat es.

Interkultureller Rat

Woche gegen Rassismus

Vom 17. bis 21. März findet die Internationale Woche gegen Rassismus statt. Gerade Schulen - so der Interkulturelle Rat in einer Erklärung - kommt bei der Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eine besondere Bedeutung zu. Gemeinsam mit Gesicht Zeigen! Aktion Weltoffenes Deutschland organisiert der Rat Referentenbesuche in Schulen. Gleichzeitig gibt er Anregungen für Aktivitäten, die um den 21. März - dem von der UNO ausgerufenen „Internationalen Tag zur Überwindung von Rassismus“ - herum stattfinden sollten. Dies reicht von der Organisation von Projekttagen über Internationale Schulfeste und Besuche in Moscheen, Synagogen oder sonstigen religiösen und kulturellen Einrichtungen - bis zur Benennung eines Anti-Rassismus-Rates an den Schulen, der aus SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen besteht.

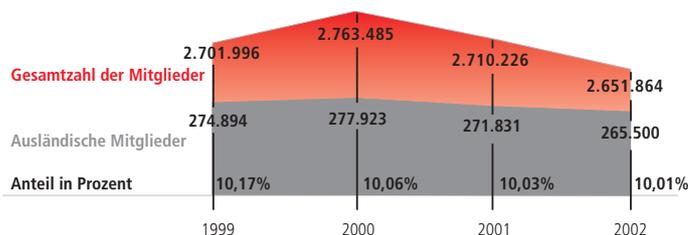
Weitere Informationen bei:
Interkultureller Rat in Deutschland
Riedstr. 2, 64295 Darmstadt
Tel.: 06151/ 33 99 71
Internet: www.interkultureller-rat.de

ZAHLENWERK

Ausländische Mitglieder in der IG Metall

Aufgrund der strukturellen Umbrüche in den Branchen der Metallindustrie findet nach wie vor ein Beschäftigungsabbau statt. Obwohl gerade ausländische ArbeitnehmerInnen davon stärker betroffen sind als deutsche, verändert sich ihr Anteil an den Mitgliedern nur gering.

Daten: IG Metall



MIGRATION

März / 2003

Migration
Forum



DGB BILDUNGSWERK

Arbeitslosigkeit unter AusländerInnen

Von Arbeitslosigkeit sind AusländerInnen wesentlich stärker betroffen als deutsche ArbeitnehmerInnen. Die Schere geht immer weiter auseinander. Allerdings gibt es regional erhebliche Unterschiede. Nicht in Abhängigkeit vom Ausländeranteil, sondern von der jeweiligen Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation: je südlicher die Region, desto geringer die Unterschiede in den Arbeitslosenquoten, je nördlicher desto weiter klaffen sie auseinander. Auch sind die Quoten bei den verschiedenen Nationalitäten von MigrantInnen sehr unterschiedlich hoch.

Auffällig ist, dass unter ausländischen Arbeitslosen der Anteil derjenigen ohne beruflichen Abschluss mit

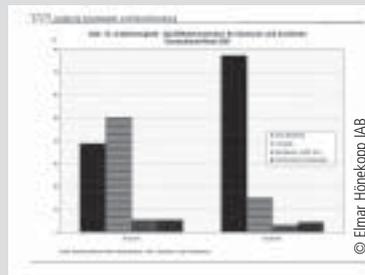
nahezu 80 Prozent ungefähr doppelt so hoch ist wie bei Deutschen. Das spiegelt die immer noch viel ungünstigere Qualifikationsstruktur der Ausländer im Vergleich zu den Deutschen und die noch nicht recht gelungene Integration ins Bildungssystem wider. Die gezielte Förderung der besseren generellen Bildung dürfte also ein entscheidender Ansatz sein, die Situation zu verbessern.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen liegt bei AusländerInnen niedriger als bei den Arbeitslosen insgesamt, da sie gerade wegen ihrer ungünstigen Qualifikations- und Beschäftigungsstruktur wesentlich von der first-out/first-in-Regel betroffen sind.

Die hier vorgestellten Schaubilder stammen von Elmar Hönekopp, Ökonom und Wissenschaftler am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bei der Bundesanstalt



© Elmar Hönekopp IAB



© Elmar Hönekopp IAB

für Arbeit. Grundlagen sind von ihm für Vorträge und Veröffentlichungen vorgenommene Auswertungen empirischer/ statistischer Datenmaterials.

Die hier abgebildeten Grafiken sind im Faxabruf unter 0211/4301-604 und unter www.migration-online.de/iab abrufbar.



© Elmar Hönekopp IAB

Jahresbericht zur Lage der Menschenrechte

Im Januar hat die Organisation Human Rights Watch den 13. Jahresbericht zur weltweiten Situation der Menschenrechte veröffentlicht. Der Berichtszeitraum reicht von November 2001 bis November 2002.

Für Europa stellt die Menschenrechtsorganisation fest, dass die Situation sich in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern verbessert hat, während in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion eine Verschlechterung festzustellen sei. Auch in Westeuropa sieht der Bericht ernsthafte Herausforderungen: „Auch wenn die Europäische Union bereit ist, vielgestaltiger zu werden, ließ ihr Wohlwollen gegenüber MigrantInnen und einigen Minderheitengruppen nach. Die Popularität von Parteien, die mit nationalistischen und gegen MigrantInnen gerichteten Programmen auf Wählerfang gehen, haben moderate PolitikerInnen zunehmend dazu gebracht, sich eine restriktive Asyl- und Einwanderungspolitik zu eigen zu machen, was die fundamentalen Rechte von MigrantInnen, Asylsuchenden und Flüchtlingen sowohl auf der nationalen wie der europäischen Ebene bedroht.“

Der Bericht von Human Rights Watch steht im Internet (nur auf Englisch) unter: www.hrw.org/wr2k3

Weltweit 175 Millionen MigrantInnen

Die Zahl der MigrantInnen ist nach Angaben der Bevölkerungsabteilung der UNO im Verlauf der 90er Jahre um 46 Prozent von 120 auf 175 Millionen gestiegen. In dieser Zahl sind auch Flüchtlinge, Asylsuchende, Studenten, „Illegale“ und australische, amerikanische und kanadische Staatsbürger, die im Ausland geboren wurden, enthalten.

MigrantInnen sind entsprechend der UNO Menschen, die länger als zwölf Monate außerhalb des Landes leben, in dem sie geboren wurden oder dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen.

Die Themen

Seite 1

Bundesausländerkonferenz der IG Metall
„...starke, stolze und aktive Basis der Organisation“

ZAHLENWERK

Ausländische Mitglieder in der IG Metall

Interkultureller Rat
Woche gegen Rassismus

Seite 2

Daten und Fakten
Arbeitslosigkeit unter AusländerInnen

UNO
Weltweit 175 Millionen MigrantInnen

Human Rights Watch
Jahresbericht zur Lage der Menschenrechte

Seite 3

Hans-Böckler-Medaille für Ghaouti Mimoune
Gewerkschaftliches Urgestein

LERNTAGE
Seminare und Trainings

Zuwanderung in Europa (5)
Großbritannien: Neues Gesetzespaket eingebracht

Seite 4

KOMMENTAR
Heinz Putzhammer, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands
21. März: UN-Tag gegen Rassismus
Solidarität ist eine Frage des Anstands

Tagung des Bereichs Migration und Qualifizierung
„Chancengleichheit braucht Aktivität“

Hans-Böckler-Medaille für Ghaouti Mimoune

Gewerkschaftliches Urgestein

Gewerkschaften werden weniger über Programme oder Beschlusslagen wahrgenommen, sondern über Menschen - dies gilt vor allem an der Basis. Einer, der dem DGB und der IG Metall in Baden-Württemberg über lange Jahre ein Gesicht gegeben hat, ist Ghaouti Mimoune. Gleichzeitig hat er auch die gewerkschaftliche Migrationspolitik auf Bundesebene mit geprägt.

Rudi - wie er von den meisten seiner KollegInnen genannt wird - stammt aus Algerien, wo er 1939 geboren wurde. Er kam 1961 nach Deutschland und arbeitete „beim Daimler“ in Sindelfingen, wo er sich um Landsleute kümmerte, die vor dem Krieg in Algerien geflohen waren. 1964, zwei Jahre nach dem Ende der französischen Kolonialherrschaft, ging er als Sozialarbeiter zurück nach Algerien. Danach folgte Sozialarbeit unter seinen Landsleuten

in Frankreich, und 1967 kam er wiederum zurück - diesmal in den Raum Bretten/ Bruchsaal in Baden-Württemberg. Hier wurde er heimisch, ebenso in der IG Metall, in die er im gleichen Jahr noch eintrat.

Von 1971 bis 1999 arbeitete Ghaouti Mimoune als Maschinenbautechniker bei API-Schmidt. Er war 20 Jahre Mitglied des Betriebsrats, fast zehn davon freigestellter Betriebsratsvorsitzender. In zahlreichen anderen ehrenamtlichen Funktionen hat er sich für Gleichberechtigung und den Abbau von Vorurteilen eingesetzt. Und dies - so der baden-württembergische DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener - „mit einem wachen Verstand, einem großen Herzen und oft auch mit einer scharfen Zunge“. Wer Rudi auf Konferenzen erlebt hat, kann das bestätigen. Der immer freundliche Gewerkschafter, der eher sanft

wirkt, kann hinter dem Mikrofon Wahrheiten deutlich formulieren. Knapp, präzise und eben scharfzüngig - auch wenn es darum geht, Missstände in den eigenen Reihen zu benennen. Er möchte die Gewerkschaftsbewegung voran bringen und schon sie deshalb nicht.

Eben dafür wurde er im letzten Dezember mit der Hans-Böckler-Medaille ausgezeichnet, die höchste Auszeichnung, die der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften zu vergeben haben. „Wer ein so bewegtes und engagiertes Leben lebt, der hat die Hans-Böckler-Medaille wahrhaftig verdient.“ So Rainer Bliesener in seiner Laudatio. Und auch seine Gewerkschaft feierte das am 21. Februar 2003 in Bruchsaal. Uwe Bordanowicz von der IG Metall bringt den Anlass auf den Punkt: „Die IG Metall, die DGB-Gewerkschaften verdanken ihm viel.“

Zuwanderung in Europa (5)

Großbritannien: Neues Gesetzespaket eingebracht

Großbritannien hat in den letzten Jahren die meisten Asylbewerber in Europa aufgenommen. Viele Flüchtlinge riskieren bei der Einreise durch den Eurotunnel sogar ihr Leben. Das Vereinigte Königreich ist bei den Flüchtlingen besonders attraktiv, da viele von ihnen etwas Englisch können und sich die Abschiebung durch Berufungsverfahren um fünf bis zehn Jahre verzögern kann. Im Gegensatz zu Deutschland wird eine Arbeitslaubnis bereits sechs Monate nach dem Asylantrag erteilt. Zusätzlich bietet Großbritannien Schutz vor nicht-staatlicher Verfolgung, d.h. Verfolgung durch Paramilitärs oder gewalttätige Opposition in einem Land.

Die Labour-Regierung hofft mit der Umsetzung eines neuen Gesetzespaketes, die illegale Einwanderung besser eindämmen zu können. Die künftige Einwanderungspolitik soll sich äh-

nlich wie in Deutschland stärker an die Bedürfnisse des Landes orientieren. Dies bedeutet, dass befristete Arbeitsverhältnisse für qualifizierte Ausländer leichter ermöglicht werden, während die Zahl der Asylbewerber gesenkt werden soll. Durch die Einführung eines Zuwanderungsprogramms für Nicht-EU-Bürger erhalten Branchen die Möglichkeit, durch die Ausweitung von befristeten Arbeitsverhältnissen ihren Arbeitskräftemangel ausgleichen zu können. In der Flüchtlingspolitik ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Regierung und dem UN-Flüchtlingswerk vorgesehen. Das Gutschein-System für Asylbewerber wird wieder abgeschafft. Vorgesehen ist außerdem eine weitere Erhöhung der Kapazität der Abschiebezentren. Die illegalen Beschäftigungsverhältnisse sollen durch sogenannte „immigration service teams“ verstärkt aufgedeckt werden.



Asylbewerber müssen künftig bis zu ihrer Entscheidung über ihre Anerkennung an zugewiesenen Adressen wohnen. Bisher gab es in Großbritannien für Asylbewerber keine Meldepflicht, dadurch konnten viele nach ihrem Ablehnungsentscheid leichter untertauchen. Zur Zeit erhalten nur 22 Prozent der Asylbewerber eine Anerkennung als Flüchtling. Ebenfalls vorgesehen ist eine schärfere Überprüfung der Bewerber um eine britische Staatsbürgerschaft. Ziel ist es, eine bessere Integration der Neubürger zu erreichen. Die Bewerber müssen grund-

LERNTAGE

Leider ausgebucht sind folgende

Seminare

Mit Recht gegen Diskriminierung - Vom Amsterdamer Vertrag bis zur Betriebsvereinbarung; 16. bis 21. März 2003; DGB Bildungszentrum Starnberger See

Staatsbürgerschaft - Einführung in das aktuelle Staatsbürgerschaftsrecht; 30. März bis 4. April 2003; DGB Bildungszentrum Starnberger See

Deutschland ist Einwanderungsland; 6. April bis 11. April; ver.di Bildungszentrum Berlin-Wannsee



Nur noch wenige Plätze gibt es bei folgenden Seminaren und Trainings:

Seminare

Chancengleichheit im Betrieb - Aktiv werden gegen Diskriminierung von MigrantInnen am Arbeitsplatz 4. bis 9. Mai 2003 IG BCE Bildungszentrum Kagel Möllenhurst

Trainings

Interkulturelles Training - Grundkurs 30. März bis 4. April 2003 DGB Bildungszentrum Hattingen

Training für Zivilcourage - Grundkurs 4. bis 9. Mai DGB Bildungszentrum Hattingen

Anmeldungen und Informationen bei: DGB Bildungswerk, Bereich Migration und Qualifizierung Hans-Böckler-Str. 39 Tel.: 0211/ 4301-141 /-183 Fax: 0211/ 4301-134 E-Mail: migration@dgb-bildungswerk.de Es besteht auch die Möglichkeit, sich online auf der Homepage anzumelden: www.migration-online.de

legende Kenntnisse der englischen Sprache und des Landes nachweisen. Die Staatsbürgerschaft erhalten die Neubürger auf einem Standesamt, nachdem sie zuvor ein Treuegelöbnis auf Staat und Gesetze nach amerikanischem Vorbild abgelegt haben.

KOMMENTAR

Heinz Putzhammer, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands

21. März: UN-Tag gegen Rassismus Solidarität ist eine Frage des Anstands

Wenn wir im Mai daran erinnert werden, dass vor zehn Jahren der Brandanschlag von Solingen stattgefunden hat, wird über die Motive der Täter unverändert kein Zweifel bestehen: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Was nun ist das Motiv dafür, dass in Deutschland Personen aus „Problemstaaten“ regelmäßig überwacht werden sollen und, um dies praktikabler zu machen, diese nur in leicht kontrollierbaren Einrichtungen wohnen und sich regelmäßig bei den Behörden melden müssen? Ist das Sorge um die Sicherheit im Lande oder ein Generalverdacht gegenüber einer bestimmten Gruppe und mithin Rassismus? Die Idee entstammt den Änderungsanträgen, die die von der Union regierten Bundesländer zum Zuwanderungsgesetz auf den Weg gebracht haben. Wie weit reicht die Überwachung? Betrifft sie zum Beispiel auch den Fraktionsvorsitzenden der Grünen im hessischen Landtag? Er ist deutscher Staatsbürger - sonst säße er nicht im Parlament - stammt aber aus dem Jemen, einem potenziellen „Problemstaat“. Wie verträgt sich eigentlich ein solcher Vorschlag mit der Richtlinie der EU zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft, die in diesem Jahr in nationales Recht umgesetzt werden muss?

Solche Fragen müssen gestellt werden - nicht nur am UN-Tag gegen Rassismus -, damit wir uns nicht daran gewöhnen, dass Ausgrenzung „einfach so“ geschieht und letztlich dazu genutzt wird, Angst zu schüren oder zu verstärken. Anders gesagt: Wir müssen das, was wir sehen, beim Namen nennen. Rassismus kommt eben nicht nur in Bomberstiefeln einher, sondern auch in Nadelstreifen. Eines verbindet: die niedere Gesinnung.

Das Benennen von Sachverhalten ist das Eine. Sich damit nicht abfinden, sondern sie zu verändern - zum Besseren-, das Andere. Diesen Kern gewerkschaftlichen Denkens können wir am besten da umsetzen, wo unser Aktionsfeld liegt, in der Arbeitswelt, in den Betrieben. Hier ist offener Rassismus weniger das Problem, es geht vielmehr um strukturelle Benachteiligung, um Ausschluss von Karrieren um subtile Diskriminierung. In diesem Bereich hat sich in den letzten Jahren Vieles entwickelt: Initiativen gegen Rechts, die in den Mitglieds-gewerkschaften des DGB inzwischen ein festes Arbeitsfeld sind, oder Betriebsvereinbarungen gegen Diskriminierung und für Gleichbehandlung.

Dabei können die Gewerkschaften im Umfeld, in dem sie hier aktiv sind, auf Unterstützung bauen. Die Europäische Union und die Bundesregierung unter-



stützen viele Aktivitäten und Kampagnen finanziell, das novellierte Betriebsverfassungsgesetz bietet verbesserte Handlungsmöglichkeiten, von der EU-Ebene kamen und kommen Richtlinien - wie die oben genannte -, die sich Gleichbehandlung auf die Fahnen geschrieben haben.

Nur machen müssen wir als Gewerkschaften selbst. Das Motiv hört sich vielleicht altmodisch an: Solidarität ist eine Frage des Anstands. Aber: Wir müssen unseren Kinder und Enkeln später schon in die Augen sehen können, wenn sie uns fragen: Was habt ihr als Gewerkschaften gegen Rassismus gemacht?

Tagung des Bereichs Migration und Qualifizierung

„Chancengleichheit braucht Aktivität“

Zum UN-Tag gegen Rassismus - dem 21. März - veranstaltet der Bereich Migration und Qualifizierung beim DGB Bildungswerk eine Tagung unter dem Titel „Chancengleichheit braucht Aktivität. Anti-Diskriminierung in der Arbeitswelt - Beispiele aus der Praxis“. Beginn ist am 20. März um 11.00 Uhr, Ende am 21. März gegen 13.00 Uhr. Neben Einführungsreferaten - in denen unter anderem DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer die gewerkschaftlichen Forderungen zur Chancengleichheit begründet - steht der erste Tag im Zeichen von drei Foren, die die tägliche Arbeit in Bezug auf Gleichstellung verdeutlichen. Ein Beispiel: Die Erfahrungen mit dem neuen Betriebsverfassungsgesetz.

Am zweiten Tag werden Beispiele für Good Practice vorgestellt. Das sind Kampagnen, die die Mitglieds-gewerkschaften des DGB seit geraumer Zeit durchführen. Schließlich wird auch die Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages und Mitglied des Beirats des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, Cornelia Sonntag-Wolgast, die Arbeit des Bündnisses vor- und zur Diskussion stellen.

Die Tagung findet in im Gewerkschafts-haus Stuttgart statt. Informationen unter Tel.: 0211/4301-141 oder im Internet: www.migration-online.de/stuttgart Dort ist auch eine Anmeldung möglich.

Gefördert durch:



Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit



Impressum

Herausgeber

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel: 0211-4301-141
Fax: 0211-4301-137
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Verantwortlich

für den Inhalt: Leo Monz

Koordination

Klemens Büsch

Redaktion

Bernd Mansel (Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

Layout und Satz

Th. Rubbert, Düsseldorf

Druck und Vertrieb

Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Erscheinungsweise

monatlich

Bestelladresse

Der Setzkasten GmbH,
Tel.: 0211/4080090-0, Fax: 0211/4080090-40
E-Mail: mail@setzkasten.de

